

Rückblick Frühjahrsession 2019

Andreas Ott, Fraktionssekretär

WICHTIGSTE GESCHÄFTE



POSITIV

Höhere Steuerabzüge für Krankenkassenprämien dank SVP-Motion

[17.3171 Mo. Grin. Erhöhung der Pauschalabzüge bei der direkten Bundessteuer zum Ausgleich der Explosion der Krankenkassenprämien](#)

Alle reden von der drückenden Last der steigenden Krankenkassenprämien – die SVP sorgt für Entlastung. Die Motion von SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin will die Pauschalabzüge bei der direkten Bundessteuer für Alleinstehende von 1'700 auf 3'000 Franken und für Ehepaare von 3'500 auf 6'100 Franken erhöhen. Für jedes Kind sollen statt 700 neu 1'200 Franken abgezogen werden können. Nach dem Nationalrat stimmte in dieser Session auch der Ständerat dieser Forderung zu. Der Bundesrat muss nun eine entsprechende Vorlage präsentieren.

Alle Familien, auch jene die ihre Kinder selbst betreuen, erhalten höheren Steuerabzug

[18.050 Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten](#)

Mit den Stimmen der SVP stimmte der Nationalrat einer Steuererleichterung für Familien zu. Der allgemeine Abzug pro Kind wird von 6'500 auf 10'000 Franken angehoben. So werden Familien steuerlich entlastet, unabhängig davon, ob sie ihre Kinder selber betreuen oder in eine Krippe geben. Die Linke und die FDP wollten den höheren Steuerabzug verhindern. Für sie hat die Entlastung von Familien offenbar keine Priorität.

Terroristen müssen ausgewiesen werden

[16.3982 Mo. Regazzi. Ausweisung von Terroristinnen und Terroristen in ihre Herkunftsländer, unabhängig davon, ob sie als sicher gelten oder nicht](#)

Steter Tropfen höhlt den Stein. Was die SVP schon lange fordert, setzt sich nun endlich in breiteren Kreisen des Parlamentes durch: Der Schutz der Schweizer Bevölkerung hat absolute Priorität. Der Ständerat hat eine entsprechende Motion gutgeheissen. Diese fordert, dass die Schweiz Dschihadisten, die wegen Taten im Zusammenhang mit dem Islamischen Staat (IS) verurteilt worden sind, auch dann in ihr jeweiliges Heimatland ausweist, wenn dieses als unsicher gilt. Die Debatte hat einen realen Hintergrund: Aktuell leben in Schaffhausen fünf Iraker, die wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation verurteilt worden sind, die aber nicht ausgeschafft werden.

Freie Fahrt für freie Bürger

[18.066 Nationalstrassen 2020-2023, Ausbauschnitt 2019 für die Nationalstrassen und Verpflichtungskredit. Zahlungsrahmen](#)

Die Stautunden nehmen jedes Jahr weiter zu – zum Ärger der Autofahrer und Gewerbler. Dank der SVP investiert der Bund in den kommenden Jahren in die lange vernachlässigte Strasseninfrastruktur. Bis 2030 sollen auf dem Nationalstrassennetz Erweiterungsprojekte im Umfang von rund 14,8 Milliarden Franken in Angriff genommen sowie der Betrieb, Unterhalt und die Anpassungen des Nationalstrassennetzes für die Jahre 2020 bis 2023 sichergestellt werden.



Kohäsionsmilliarde – auch Nationalrat lässt sich von der EU erpressen

[18.067 Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU. 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten](#)

[18.068 Asylgesetz. Änderung \(Rahmenkredit Migration; 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten\)](#)

Anstatt der EU klar mitzuteilen, dass sich die Schweiz nicht dem Diktat des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) unterwirft, stimmten im Nationalrat alle Parteien ausser der SVP für die Bezahlung von 1,3 Milliarden Franken an die EU. Zudem wurde der Antrag der SVP, die Kohäsionsmilliarde dem Referendum zu unterstellen, abgelehnt. FDP, CVP und SP haben Angst vor einer Volksabstimmung, weil sie wissen, dass die Schweizerinnen und Schweizer die Kohäsionsmilliarde hochkant ablehnen würden. Immerhin ist es dank der SVP gelungen, die Zahlung an – wenn auch minimale – Bedingungen zu knüpfen.

Ständerat nicht bereit, das Institutionelle Rahmenabkommen abzulehnen

[18.4165 Mo. Minder Institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Keine Unterzeichnung durch den Bundesrat](#)

Der Ständerat hat das Begehren aus der SVP-Fraktion, die Unterzeichnung des Institutionellen Rahmenabkommens durch den Bundesrat zu verbieten, abgelehnt. Damit stimmen alle Parteien ausser der SVP diesem Vertrag grundsätzlich zu, mit welchem die Schweiz automatisch EU-Recht übernehmen und sich dem EU-Gericht unterstellen würde. Die SVP wird alles unternehmen, um den EU-Anbindungsvertrag zu verhindern.

Schweizer KMU haben bei Ausschreibungen weiterhin das Nachsehen

[17.019 Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Totalrevision](#)

Der Nationalrat lehnte einen Antrag der SVP ab, der die Schweizer KMU in öffentlichen Ausschreibungen vor dem Preisdumping ausländischer Firmen schützen wollte. Bei den Zuschlagskriterien für öffentliche Ausschreibungen hätte die Verschiedenheit der Preisniveaus in den Ländern, in welchen die Leistung erbracht wird, berücksichtigt werden sollen. Damit werden die Schweizer KMU ungerechterweise auf die gleiche Stufe gestellt wie ausländische Firmen, die keine Lehrlinge ausbilden, günstiger produzieren, ihren Mitarbeitenden viel weniger bezahlen und deshalb günstiger offerieren können.

Parlament pfeift auf Nationalhymne

[17.478 Pa.Iv. Minder. Die Landeshymne der Schweizerischen Eidgenossenschaft demokratisch festlegen](#)

«Trittst im Morgenrot daher...» Die Nationalhymne ist ein Symbol für unsere Heimat wie das Schweizerkreuz oder unsere Berge. Doch der Schweizerpsalm gerät immer mehr unter Druck. Durch die Hintertür wollen linke Kreise unsere Hymne, welche 1841 komponiert wurde, abschaffen. Um die Nationalhymne zu schützen, wollte sie die SVP in einem Gesetz verankern. So hätte über eine Änderung der Hymne immer eine Volksabstimmung verlangt werden können. Doch einer Mehrheit der Nationalräte – insbesondere auch der FDP – ist unsere Nationalhymne offensichtlich egal.

AUSLÄNDERPOLITIK

Ausschaffungsinitiative – FDP-Müller muss doch nachpfeffern

[18.3408 Mo. Müller Philipp. Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen](#)

FDP-Ständerat Philipp Müller versprach vor einigen Jahren, dass die SVP-Ausschaffungsinitiative «pfefferscharf» umgesetzt werde. Doch wie so oft scheinen sich die Befürchtungen der SVP leider zu bewahrheiten: Die sogenannte Härtefallklausel wird nicht nur in absoluten Ausnahmefällen angewendet, sondern verkommt zu einer regelrechten Täterschutzklausel, weil die Staatsanwaltschaften den nötigen Aufwand für die Landesverweise scheuen. Das bemerkte sogar Müller, weshalb er nicht einmal zwei Jahre nach Inkrafttreten der entsprechenden Gesetze eine Revision des Strafgesetzbuches verlangt. Gegen den Willen der Linken, die kriminelle Ausländer nach wie vor in Schutz nehmen, nahm nach dem Ständerat nun auch der Nationalrat die Motion an.

Die Rückkehr ins Heimatland schützt nicht mehr vor Strafe

[18.048 Überstellung verurteilter Personen. Änderung des Zusatzprotokolles](#)

Ausländer, gegen die ein Strafverfahren läuft oder ein Urteil ergangen ist, können sich künftig nicht mehr durch die Rückkehr in ihren Heimatstaat der Verbüssung ihrer Strafe entziehen. Der Nationalrat genehmigte einstimmig ein Abkommen, dass es der Schweiz ermöglicht, den Heimatstaat der verurteilten Person aufzufordern, die Strafe zu vollziehen.

Bundesrat muss seine Eritrea-Politik verschärfen

[18.3409 Mo. Müller Damian. Umsetzung einer fairen Asylpolitik in Bezug auf Eritrea](#)

Gegen den Willen der links-grünen Gutmenschen fordert nach dem Ständerat nun auch der Nationalrat ein konsequenteres Vorgehen gegen eritreische Wirtschaftsmigranten. Konkret muss der Bundesrat den Status aller vorläufig aufgenommenen Eritreer überprüfen und wenn möglich aufheben. Zusätzlich muss er die diplomatische Präsenz erhöhen mit dem Ziel, Rückführungen zu erleichtern. Fader Beigeschmack: Vor ein paar Monaten lehnte der Ständerat eine ähnliche Motion aus der SVP ab, weil FDP und CVP eben doch nicht so sachpolitisch unterwegs sind, wie sie immer behaupten.

Ein- und Ausreisen in den Schengenraum endlich besser kontrollieren

[18.087 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Übernahme der Rechtsgrundlagen zur Errichtung und Nutzung des Einreise- und Ausreisensystems EES](#)

Staatsbürger von Drittstaaten, die in den Schengenraum einreisen, sollen künftig elektronisch registriert werden. Der Stempel im Pass ist längst überholt. Mit dem neuen System wird automatisch zur Fahndung ausgeschrieben, wer beispielsweise die Dauer seines Visums überschreitet. So kann die illegale Einwanderung besser kontrolliert werden. Der Ständerat genehmigte die entsprechenden Gesetzesänderungen einstimmig.

STAATSPOLITIK

SVP kämpft erfolgreich gegen Wachstum der Bundesverwaltung

[18.032 Bestand des Bundespersonals auf dem Stand von 2015 einfrieren. Bericht des Bundesrates zur Abschreibung der Motion 15.3494 \(FK-SR\)](#)

[18.4090 Mo. FK-N. Personalausgaben der Bundesverwaltung mittels Digitalisierung und Effizienzgewinnen im Griff behalten](#)

Dank der SVP soll die Bundesverwaltung nicht wachsen dürfen. Denn grundsätzlich gilt: Nicht nur die Personalkosten steigen, sondern je mehr Bundesangestellte, umso mehr Aufgaben reisst der Bund an sich und umso mehr Gesetze sowie Regulierungen werden beschlossen. Mit einer hauchdünnen Mehrheit konnten SVP und FDP die Abschreibung einer Motion verhindern, die verlangt, dass der Bund seinen Personalstand auf dem Niveau von 2015 einfriert. Bleibt zu hoffen, dass die Mehrheit von CVP und SP im Ständerat diesen wichtigen Entscheid nicht wieder kippt.

Bundesangestellte sollen nicht doppelt profitieren

[16.3696 Mo. Keller Ablieferungspflicht von Bundesangestellten. Entschädigungen, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis beim Bund stehen, müssen vollumfänglich an die Bundeskasse gehen](#)

Mitarbeiter des Bundes, die aufgrund ihrer Anstellung Einsitz nehmen in Beiräten, Verwaltungsräten etc. oder bezahlt werden für externe Vorträge, sollen einen Teil der Entschädigung an die Bundeskasse abliefern müssen. Die Motion aus der SVP wollte ursprünglich, dass der volle Betrag an den Bund geht, aber der Ständerat schwächte dies ab.

Keine Verfassungsänderung wegen Geschlechtervertretung im Bundesrat

[17.484 Pa.Iv. Comte. Für eine angemessene Vertretung der Geschlechter in den Bundesbehörden](#)

Eine Initiative eines FDP-Ständerats wollte die angemessene Vertretung der Geschlechter im Bundesrat in der Verfassung verankern. Die Mehrheit des Nationalrats bodigte diese unnütze Verfassungsänderung mit Unterstützung der SVP. Heute sind drei Frauen im Nationalrat vertreten, ohne dass es in der Verfassung steht.

Nationalrat will Ruhegehälter der Bundesräte nicht antasten

[17.477 Pa.Iv Burgherr. Moderne Altersvorsorge für unsere Bundesräte](#)

Ehemalige Bundesräte erhalten bis zu ihrem Lebensende ein Ruhegehalt von jährlich 220'000 Franken. Eine Initiative aus der SVP wollte dies abschaffen und durch eine Pensionskassenlösung ersetzen. Denn heute sind Bundesräte jünger, wenn sie zurücktreten, und leben wegen der gestiegenen Lebenserwartung auch viel länger. Doch die übrigen Fraktionen wollten die Privilegien ihrer Parteikollegen nicht beschneiden.

Bundesrat muss sich für Eignerstrategie der Bundesbetriebe rechtfertigen

[18.4274 Po. Abate. Eignerstrategie des Bundesrates für die verselbstständigten Einheiten des Bundes](#)

Post, RUAG und SBB sind nur einige Bundesbetriebe, die in den letzten Monaten für Schlagzeilen sorgten. Der Ständerat verlangt nun, dass der Bundesrat in einem Bericht darlegt, mit welcher Strategie der Bund als Eigentümer in den Führungsorganen dieser Gremien vorgeht, bzw. nach welchen Kriterien er gedenkt, eine solche Strategie auszuarbeiten.

Keine Bewilligungspflicht für ausländischer Redner

[16.3864 Mo. Fässler Bewilligungspflicht für ausländische Redner an politischen Veranstaltungen](#)

Der Ständerat stellt sich gegen eine Motion aus dem Nationalrat. Diese verlangte, dass ausländische Redner in der Schweiz eine Bewilligung einholen müssen. Der Vorstoss wurde eingereicht als Antwort auf die Auslandskampagne des türkischen Präsidenten Erdogan vor einigen Jahren. Die SVP unterstützte die Motion in beiden Räten.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Nationalrat will Umtauschfrist für Banknoten aufheben

[18.025 Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel \(WZG\). Änderung](#)

Die SVP setzte sich dafür ein, dass die neuen Banknoten ihre Gültigkeit auch nach 20 Jahren noch behalten. Die Lebenserwartung der Bevölkerung hat stark zugenommen. So erlebt ein Durchschnittsschweizer in seinem Leben zahlreiche Serien von Banknoten. Damit steigt das Risiko, dass er diese entsprechend verlegt oder Geld aus alten Serien erbt, die sonst plötzlich ihren Wert verlieren würden. Zudem sind die neuen Noten mit ihrem Kunststoffanteil viel beständiger. Das Geschäft geht nun in die Differenzbereinigung, weil der Ständerat an der Umtauschfrist festhalten wollte.

Ausländische Online-Händler besteuern

[18.3540 Mo. Vonlanthen. Mehrwertsteuerpflicht von Online-Plattformen bei Verkäufen aus dem Ausland in die Schweiz](#)

Ausnahmsweise herrschte Einigkeit im Parlament: Ausländische Online-Plattformen, die täglich zehntausende Pakete in die Schweiz senden, sollen Mehrwertsteuern zahlen müssen. Schweizer Händler sind diesbezüglich im Nachteil. Dem Bund entgehen zudem jedes Jahr rund 100 Millionen Franken an Steuereinnahmen. Der Bundesrat muss nun eine entsprechende Gesetzesvorlage ausarbeiten.

Bargeld nicht verteufeln

[18.4094 Mo. WAK-N. Identifikationsschwelle für Bargeldtransaktionen](#)

In der Absicht, sich internationalen Standards anzupassen, entschied die Schweizer Finanzmarktaufsicht FINMA, die Identifikationsschwelle für Bargeldtransaktionen von 25'000 auf 15'000 Franken zu senken. Wer beispielsweise am Postschalter eine entsprechende Überweisung tätigen will, muss deklarieren, woher das Geld stammt. Die SVP will verhindern, dass Bürger, die lieber Bargeld verwenden, einfach unter Generalverdacht gestellt werden. Sie setzte sich im Nationalrat erfolgreich dafür ein, dass die Schwelle nicht gesenkt wird.

Nationalrat lässt sich von OECD erpressen – Inhaber-AG wird verboten

[18.082 Umsetzung der Empfehlungen des Globalen Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke](#)

Der Druck von internationalen Organisationen reisst nicht ab und die Schweiz gibt leider wie immer nach. Damit die Schweiz nicht auf der schwarzen Liste der OECD landet, wollte der Bundesrat Inhaberaktien in Namenaktien umwandeln und die Gründung neuer Inhaber-AG verbieten. Die SVP konnte die zwingende Umwandlung verhindern, aber nicht das Verbot, neue Inhaberaktien auszugeben. Die FDP gab dem internationalen Druck nach. Das Geschäft geht an den Ständerat, wo aber SP und CVP dominieren.

Hochwertigen Käse besser unterstützen

[18.3711 Mo. WAK-N. Stärkung der Wertschöpfung beim Käse](#)

Der Nationalrat möchte eine Stärkung der Wertschöpfung beim Käse. Er verlangt vom Bundesrat, mit der Verkäsungszulage in erster Linie qualitativ hochwertigen Käse zu fördern. Die heutige Zulage setzt falsche Anreize zur Produktion von Käse mit tiefem Fettgehalt. So wird zu viel günstiger Käse exportiert, was die Preise für den hochwertigeren Käse unter Druck setzt. Als nächstes entscheidet der Ständerat.

Verhältnismässige Sanktionen bei den Direktzahlungen

[17.3054 Mo. Knecht. Verhältnismässige Sanktionen bei den Direktzahlungen](#)

Der Nationalrat nahm eine Motion aus der SVP an, die verlangt, dass Sanktionen gegen fehlbare Bauern verhältnismässig sind und nicht bereits bei einer erstmaligen und geringfügigen Verfehlung zu einem Totalausschluss der Direktzahlungen führen. Wenn der Ständerat zustimmt, erhalten die Behörden hier mehr Spielraum. SP, Grüne und FDP wehrten sich da-

gegen. Die Verhältnismässigkeit – ein Lieblingsbegriff der Linken gegen die strikte Umsetzung der SVP-Ausschaffungsinitiative – gilt offenbar nur für kriminelle Ausländer, nicht aber für die Schweizer Bauern.

Die SVP kämpft alleine gegen unfaire Steuern

[17.469 Pa.Iv. Zanetti. Aufhebung der diskriminierenden Biersteuer](#)

Obwohl alle Bürgerlichen behaupten, sie würden sich für weniger Steuern und Abgaben einsetzen, stimmte im Nationalrat einzig die SVP-Fraktion für die Abschaffung der diskriminierenden Biersteuer. Was sich viele nicht bewusst sind: Pro Liter Bier kassiert der Bund zwischen 16.88 und 33.76 Rappen Steuern, je nach Alkoholgehalt. Verkehrte Welt: Selbst der Brauereiverband war für die Beibehaltung der Biersteuer. So stimmte auch Bierbrauer und CVP-Nationalrat Alois Gmür (SZ) dafür, dass wir alle weiterhin mehr für sein flüssiges Gold bezahlen dürfen. Die kleineren Brauereien profitieren eben von einem reduzierten Steuertarif gegenüber den grösseren Brauereien.

Kulturvereine sollen von der Mehrwertsteuer befreit werden

[17.3657 Mo. Page. Mehrwertsteuer. Beseitigung der Ungleichbehandlung von Sport- und Kulturvereinen](#)

Erfolg für eine Motion aus der SVP: Kulturvereine sollen wie Sportvereine behandelt und von der Mehrwertsteuer ausgenommen werden. Während Musik-, Gesangs- oder Trachtenfeste heute zahlen müssen, sind z.B. Turnfeste ausgenommen. Diese Ungleichbehandlung soll ein Ende haben findet die Mehrheit des Nationalrats. Für die Beibehaltung der Steuern waren lediglich die Freisinnigen.

Keine Doppelbesteuerung des Vermögens

[17.3714 Mo. Chiesa. Steuerliche Doppelbelastung. Möglichkeit zur Senkung der Vermögenssteuer](#)

Das Unternehmenskapital wird heute in den meisten Kantonen doppelt besteuert. Ein erstes Mal vom Unternehmen selbst und ein zweites Mal von den Inhabern des Unternehmens. Eine Mehrheit des Nationalrats hat eine Motion aus der SVP-Fraktion angenommen, die diese Doppelbelastung reduzieren will.

KMU bleiben weiter auf bürokratischem Aufwand sitzen

[17.3844 Mo. Flückiger. Entlastung der KMU bei Administrativaufwendungen im Auftrag des Bundes](#)

Das Bundesamt für Statistik ist nur eine Verwaltungsstelle des Bundes, die bei KMU regelmässig für viel administrativen Aufwand sorgt. Insbesondere die Abrechnungen für die unterschiedlichen Steuern und Abgaben haben es in sich. Eine Motion aus der SVP wollte, dass Unternehmen für diese Aufwendungen einen pauschalen Steuerabzug hätten geltend machen können. Doch offenbar setzt sich nur die Hälfte der FDP für die Interessen der KMU ein und so fand der Vorschlag im Nationalrat keine Mehrheit.

Staatlichem Wohnungsbau eine Teilabfuhr erteilt

[18.035 Mehr bezahlbare Wohnungen. Volksinitiative und Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement](#)

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ist im Parlament nicht mehrheitsfähig. Nach dem Nationalrat empfiehlt sie auch der Ständerat zur Ablehnung. Der gemeinnützige Wohnungsbau wird aber trotz Opposition der SVP mit Staatsgeldern unterstützt. Im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags soll ein Rahmenkredit von 250 Millionen Franken in den nächsten zehn Jahren preisgünstigen Wohnraum fördern.

Gesetz zur Entlastung von Unternehmen

[16.3388 Mo. Sollberger Entwurf für ein Bundesgesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen](#)

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einen Vorschlag aus der SVP gutgeheissen. Der Bundesrat muss der Bundesversammlung nun ein Gesetz zur Reduktion der Regelungsdichte und Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen unterbreiten. Es stehen Ideen im Raum wie «One in, two out»-Regeln, Sunset- oder Opting-out-Klauseln.

AUSSENPOLITIK

Vernünftige Lösung für Palmöl

[18.3717 Mo. APK-S. Keine Konzessionen beim Palmöl](#)

Palmöl ist für die Lebensmittelindustrie ein wichtiger Rohstoff. Aber die Produktion ist nicht unumstritten und einheimisches Öl (z.B. aus Raps) sollte nicht durch Billigimporte konkurrenziert werden. Aus diesem Grund stimmte der Nationalrat oppositionslos einer Motion des Ständerats zu, die vom Bundesrat verlangt, bei der Aushandlung von Freihandelsabkommen keine Konzessionen zu machen, wenn die einheimische Ölsaatenproduktion gefährdet wird.

UNO-Vereinbarungen erhalten keine demokratische Legitimation

[18.4130 Mo. Minder. Innerstaatliche demokratische Legitimation von wichtigen Uno-Vereinbarungen](#)

Ein Vorstoss aus der SVP-Fraktion wollte erreichen, dass wichtige politische Vereinbarungen der UNO (wie Deklarationen, Resolutionen, Chartas, Pakte usw.) vor deren Unterzeichnung durch das Parlament zu genehmigen sind. Einzig die SVP-Vertreter stimmten im Ständerat für den Vorstoss. Nachdem die mediale Berichterstattung um den UNO-Migrationspakt abgeflacht ist, interessieren sich FDP und CVP offenbar nicht mehr für die Thematik.

SICHERHEITSPOLITIK

Nationalrat genehmigt unnützes Abkommen gegen Hooligans

[18.059 Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen. Übereinkommen des Europarats](#)

Anstatt gewalttätige Sportfans mit der vollen Härte des Gesetzes anzufassen, verpflichtet sich die Schweiz mit dem Abkommen des Europarats zu einem Strauss an bürokratischen und möglicherweise kostspieligen Präventionsmassnahmen. Die SVP bekämpfte das Abkommen im Nationalrat leider ohne Erfolg.

Bald muslimische Armeeseelsorger?

[17.485 Pa.Iv. Addor Keine muslimischen Armeeseelsorger in unserer Armee](#)

Der Nationalrat lehnte es ab, klar zu regeln, dass es in der Schweizer Armee nur christliche Armeeseelsorger geben soll. Einer Initiative aus der SVP wurde keine Folge gegeben. Somit ist nicht auszuschliessen, dass es bald Imame in Uniform geben wird. Doch wer stellt dann sicher, dass diese keine radikalen Ideen verbreiten bei den jungen (eingebürgerten) Soldaten?

Ständerat sieht keinen Handlungsbedarf bei Waffenexporten

[18.3394 Mo. BDP. Verbreiterung der demokratischen Basis von Waffenexporten](#)

[18.4084 Mo. Comte. Waffenexporte. Kontrollen verstärken](#)

Der Ständerat erteilte zwei Motionen eine Abfuhr, die als Antwort auf eine Medienkampagne im vergangenen Jahr eingereicht worden waren. Richtigerweise sieht er keinen Grund, die Schweizer Waffenexporte strengeren Richtlinien zu unterwerfen. Der Bundesrat handhabt diese bereits sehr restriktiv. Sollte das Volk dies anders sehen, wird es sich in einigen Jahren an der Urne zum Thema äussern können.

Armee muss mehr Rücksicht auf Lehrbetriebe nehmen

[18.4280 Mo. Ettl. Den Beginn der Rekrutenschule auf den Berufslehraabschluss abstimmen](#)

Der Ständerat will, dass die Armee den Beginn der Sommer-Rekrutenschule auf das vertragliche Ende der Berufslehre abstimmt. Die Sommer-Rekrutenschule beginnt ab diesem Jahr just zu dem Zeitpunkt, an dem die Auszubildenden auf der Zielgeraden ihrer Berufslehre und in der Erfüllung ihres Arbeitsvertrages stehen.

RECHTSFRAGEN

Bundesgericht wird leicht entlastet, aber Rechtsschutz der Bürger bleibt

[18.051 Bundesgerichtsgesetz. Änderung](#)

Das Bundesgericht kämpft seit Jahren mit einer wachsenden Anzahl Fällen. Neu sollen nur noch Bussen bei Übertretungen ab 500 Franken am Bundesgericht angefochten werden können. Mit Unterstützung der SVP wurde zudem entschieden, dass jemand, der sich durch einen kantonalen Gerichtsentscheid in seinen verfassungsmässigen Rechten verletzt fühlt, weiterhin das höchste Gericht in Lausanne anrufen kann. Der einzelne Bürger kann sich somit auch weiterhin gegen staatliche Willkür wehren.

Bundesversammlung will Trusts einführen

[18.3383 Mo. RK-S. Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung](#)

Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat einer Motion zu, die Trusts in der Schweiz einführen will. Mit einem Trust können Angehörige der nächsten Generation, schutzbedürftige Minderjährige oder behinderte Menschen begünstigt werden. Durch einen Trust kann man einen gestaffelten Übergang des Vermögens organisieren, gemeinnützige Vorhaben verfolgen oder aber kommerzielle Projekte abwickeln. Im Vergleich zur Stiftung ist der Trust jedoch einfacher, weil er keine eigene Rechtspersönlichkeit erhält. Damit kann die Produktpalette der hiesigen Finanzdienstleister erweitert und ihnen ermöglicht werden, verlorene Marktanteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz zurückzuerobern. Wenig überraschend opponierte die umverteilungssüchtige Linke.

Weg frei für digitale Identität (E-ID)

[18.049 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste](#)

Zweck der E-ID ist eine sichere und einfache Identifikation für den Geschäftsverkehr oder den Kontakt mit Behörden im Internet. Das vom Bundesrat ausgearbeitete Gesetz teilt die Aufgaben zwischen Staat und Privatwirtschaft auf. Die technische Lösung wird durch private Anbieter bereitgestellt und ist somit einfacher an neue Technologien anpassbar. Der Bund prüft und bestätigt lediglich die Identität einer Person und kontrolliert, dass die privaten Anbieter die nötigen Sicherheitsstandards erfüllen. Die staatsgläubige Linke wollte stattdessen lieber eine teure Lösung des Bundes.

Kein indirekter Gegenvorschlag zur schädlichen Konzernverantwortungsinitiative

[16.077 OR. Aktienrecht](#)

[17.060 Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative](#)

Schweizer Unternehmen sollen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden von Tochtergesellschaften im Ausland nicht haften. Der Ständerat lehnt die Konzernverantwortungsinitiative ohne Gegenvorschlag ab. Der indirekte Gegenvorschlag sei kein Kompromiss, sondern im Grunde ein Gesetz zur Umsetzung der Initiative, kritisierten die Ständeräte. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug. Dieser hatte sich gegen den Willen der SVP für einen Gegenvorschlag ausgesprochen.

SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Dringende Reform der Ergänzungsleistungen (EL) abgeschlossen

[16.065 ELG. Änderung \(EL-Reform\)](#)

Die EL-Ausgaben haben sich zwischen 1998 und 2012 auf 4,4 Milliarden Franken mehr als verdoppelt. Die Bürgerlichen in National- und Ständerat haben sich bei der dringenden Reform der EL nun auf einen Kompromiss geeinigt. Damit soll die EL um 453 Millionen Franken entlastet werden. Bei der umstrittenen Vermögensschwelle hat sich der Nationalrat durchgesetzt: Wer über mehr als 100'000 Franken Vermögen verfügt, hat künftig keinen Anspruch auf EL. Bei Ehepaaren beträgt die Vermögensschwelle 200'000 Franken. Selbst bewohnte Liegenschaften werden dabei aber nicht angerechnet. So müssen Rentner zwar zuerst einen

Teil ihres Vermögens aufbrauchen, bevor sie vom Staat zusätzlich unterstützt werden. Sie werden aber nicht dazu verpflichtet, ihre Eigentumswohnung oder ihr Haus zu verkaufen. Eine wichtige Neuerung betrifft die Mieten. Weil diese stark gestiegen sind, decken die anrechenbaren Beträge die tatsächlichen Mieten nur noch teilweise und wurden darum erhöht.

Auf die eine Revision folgt gleich die nächste

[18.3716 Mo SGK-N. Ergänzungsleistungen \(EL\) für betreutes Wohnen](#)

Um teure Aufenthalte in Alters- und Pflegeheimen zu verhindern, soll künftig betreutes Wohnen für betagte Menschen durch Ergänzungsleistungen finanziell unterstützt werden. Der Nationalrat verabschiedete eine entsprechende Motion oppositionslos.

Schweiz passt Heilmittelgesetz der EU an

[18.081 Heilmittelgesetz. Neue Medizinprodukte-Regulierung](#)

Die Schweiz soll die strengeren EU-Regeln für Medizinprodukte übernehmen, damit Schweizer Unternehmen den Zugang zum europäischen Markt behalten. Mit der neuen Regulierung sind National- und Ständerat im Grundsatz einverstanden. Umstritten waren die Transparenzvorschriften. Die grosse Kammer verlangte, dass Ärzte und andere Personen, die Heilmittel verschreiben oder abgeben, ihre wirtschaftlichen Interessenbindungen offenlegen müssen. Der Ständerat lehnte das beharrlich ab.

Invalidisierung vorbeugen und die Eingliederung verstärken

[17.022 IVG. Änderung \(Weiterentwicklung der IV\)](#)

Evaluationen zeigen: Bei Kindern, Jugendlichen sowie Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sind Massnahmen nötig, um die Invalidität zu vermeiden und die Eingliederung zu fördern. Ausserdem führen die heutigen Renten bei kinderreichen Familien und bei jungen Erwachsenen zu Fehlanreizen. Es darf nicht sein, dass Familien mit IV-Rente besser gestellt werden als Familien, die ihren Unterhalt selber verdienen. Auch bei jungen Erwachsenen ist es heute so, dass das Taggeld deutlich höher sein kann als der Lohn, den Gleichaltrige ohne gesundheitliche Beeinträchtigung in der Ausbildung erhalten. Die Bürgerlichen konnten diese Fehlanreize mit einer Kürzung beseitigen. Die SVP stellte sich jedoch vergeblich gegen die frühzeitige Erfassung von jugendlichen mit psychischen Problemen durch die IV. Bald wird wohl jeder in die IV abgeschoben, der eine intensive Pubertät durchmacht. Nein sagte der Nationalrat zu einem Antrag von linker Seite für eine Quote. Dieser wollte Unternehmen mit mehr als 250 Angestellten verpflichten, mindestens ein Prozent Arbeitnehmende mit einer Behinderung zu beschäftigen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Prämienregionen bleiben unverändert

[18.3713 Mo. SGK-S. Aktuelle Einteilung der Prämienregionen beibehalten](#)

In ländlichen Regionen fallen die Krankenkassenprämien in der Regel tiefer aus, weil die Bevölkerung sich eigenverantwortlicher verhält und bei Bagatellen auf Hausmittel zurückgreift, anstatt gleich den Arzt aufzusuchen. Die SVP setzte sich mit den bürgerlichen Parteien erfolgreich dafür ein, dass die bisherigen Prämienregionen beibehalten werden. Die Linke mit SP-Gesundheitsminister Berset wollen diese neu anordnen, damit die hohen Kosten ihrer Klientel in den Städten und ihrer Sozialindustrie quersubventioniert werden.

Keine Franchisenerhöhung unter diesen Umständen

[18.036 KVG. Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung](#)

[18.4096 Mo. SGK-NR. Krankenversicherung. Franchise auf 500 Franken festsetzen](#)

Ja, die SVP ist nach wie vor für mehr Eigenverantwortung, gerade auch im Gesundheitswesen. Doch unter den momentanen Umständen entschied sich die SVP-Fraktion, die Erhöhung der Mindestfranchise auf 350 bzw. 500 Franken abzulehnen. Solange die übrigen Parteien nicht bereit sind, über griffige, allumfassende Massnahmen zu sprechen, soll nicht der Mittelstand zur Kasse gebeten werden. Die SP und die anderen Linksparteien sorgen bei jeder Gelegenheit dafür, dass der arbeitende Mittelstand weiter ausgepresst wird und spielen sich nun als Retter des kleinen Mannes auf. Bei diesem Spiel macht die SVP nicht mit. Die

SVP behält sich jedoch vor, eine Franchisenerhöhung im Herbst im Rahmen des umfassenden Kostendämpfungspakets, wieder einzubringen, wenn gleichzeitig auch Krankenversicherungen, Ärzte, Spitäler, die Pharmaindustrie und die übrigen Akteure des Gesundheitswesens Federn lassen müssen, nicht nur die Prämienzahler.

Bessere Regelungen bei Krankenkassenvermittlungen und gegen Telefonwerbung

[18.4091 Mo. SKG-S. Krankenkassen. Verbindliche Regelung der Vermittlerprovisionen, Sanktionen und Qualitätssicherung](#)

Der Nationalrat stimmte einem Antrag aus dem Ständerat zu, die den Bundesrat beauftragt, im Bereich der Krankenversicherung verschiedene Branchenlösungen für allgemeinverbindlich zu erklären. Konkret geht es darum, unseriöse Vermittlungspraktiken zu unterbinden und die nervigen Werbeanrufe von Krankenkassenvermittlern zu verbieten.

Ständerat stimmt dem Export von AHV- und IV-Renten in den Kosovo zu

[18.086 Soziale Sicherheit. Abkommen mit Kosovo](#)

Ohne seriöse Diskussion stimme eine Mehrheit des Ständerats dem Sozialversicherungsabkommen mit dem Kosovo zu. Somit werden AHV- und IV-Renten künftig ohne Anpassung an das dortige Preisniveau auch in den Kosovo ausbezahlt. Dass die Verwaltung im Kosovo aber komplett dysfunktional und korrupt ist, beachteten die Ständeräte bei ihrem Entschluss nicht. Wie soll beispielsweise im Kosovo die Invalidität seriös überprüft werden?

WISSENSCHAFT UND BILDUNGSPOLITIK

Höhere Fachschulen besser positionieren

[18.3240 Mo. Fetz. Höhere Fachschulen stärken](#)

[18.3392 Mo. WBK-N. Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern](#)

Der Ständerat stimmte zwei Motionen zu, welche die Höheren Fachschulen (HF) stärken wollen. Die Abschlüsse haben in der Schweiz einen guten Ruf, werden aber im internationalen Umfeld noch zu wenig anerkannt. Mit einer Anerkennung durch den Bund soll sich dies bessern.

UMWELT-, ENERGIE- UND KOMMUNIKATIONSPOLITIK

Fernmeldegesetz unter Dach und Fach

[17.058 Fernmeldegesetz. Revision](#)

Nach langem Ringen zwischen den Räten hat das Parlament das revidierte Fernmeldegesetz verabschiedet. Konkret wird die Swisscom aber nicht dazu verpflichtet, anderen Anbieterinnen bei allen Technologien Zugang zu den Teilnehmeranschlüssen zu gewähren. Eine entsprechende Regulierung wurde in beiden Räten abgelehnt. Die Entbündelung der letzten Meile soll vorerst auf Kupferleitungen beschränkt bleiben, damit auch in Randregionen weiter in die Verbesserung der Infrastrukturen investiert wird. National- und Ständerat haben zudem die Netzneutralität im Gesetz verankert. Alle Daten sollen bei der Übertragung im Internet somit gleich behandelt werden. Beim Roaming folgte das Parlament dem Bundesrat. Dieser soll Möglichkeiten zur Bekämpfung unverhältnismässig hoher Endkundentarife und zur Förderung des Wettbewerbs erhalten.

Viel Geld für fragwürdige Umweltprojekte

[18.401 Mo. UREK-S. Erneuerung des Fonds Landschaft Schweiz 2021-2031](#)

[18.074 Globale Umwelt 2019-2022. Rahmenkredit](#)

148 Millionen Franken für das Ausland und 50 für das Inland: So viel Geld soll der Bund in den nächsten Jahren für Umwelt- und Landschaftsprojekte ausgeben. Der Inlandteil betrifft einen Fonds, der 1991 anlässlich der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft ins Leben gerufen und seither immer unkritisch verlängert wurde. Beim Auslandteil soll sich die Schweiz auf Kosten der Steuerzahler als Musterknabe aufspielen. Zum Vergleich: China als grösster

Umweltverschmutzer zahlt lächerliche 22 Millionen. Die SVP lehnte die Kredite als einzige Fraktion ab und konnte die Spenderlaune des Parlaments leider nicht bremsen.

Wasserzins bleibt auf bisherigem Niveau

[18.056 Wasserrechtsgesetz. Änderung](#)

Der Wasserzins ist eine Abgabe für das Recht, ein öffentliches Gewässer zur Erzeugung von Strom zu nutzen. Die Kantone legen die Höhe fest, doch setzt der Bund ein Maximum. Heute liegt dieses bei 110 Franken. Diese Einnahmen sind für Berggemeinden und einige Kantone sehr wichtig. Aus diesem Grund entschied nach dem Ständerat nun auch der Nationalrat, das Maximum nicht anzutasten.

Ausbauschnitt der Bahn wird durchgewinkt

[18.078 Strategisches Entwicklungsprogramm Eisenbahninfrastruktur. Ausbauschnitt 2035](#)

Für knapp 12 Milliarden Franken will der Bundesrat das Schweizer Bahnnetz bis 2035 ausbauen. Auf der Liste stehen zusätzliche Verbindungen mit Halb- und Viertelstundentakt, Verbesserungen für den Güterverkehr und der Ausbau des Lötschberg-Basistunnels. Der Ständerat möchte aber zusätzliche Projekte realisieren und genehmigte weitere 919 Millionen Franken. Er fügte den Durchgangsbahnhof Luzern und das Herzstück der trinationalen S-Bahn Basel hinzu. Die SVP hätte sich eine kritischere Debatte gewünscht, ob wirklich alle Projekte nötig wären. Doch dies war wegen regionalpolitischen Interessen nicht möglich.

VERKEHRSPOLITIK

Mehr Geld für Umfahrungen von verkehrsgeplagten Gebieten

[18.065 Agglomerationsverkehr. Verpflichtungskredite für die Beiträge ab 2019](#)

Der Nationalrat hat 1,49 Milliarden Franken für Projekte im Agglomerationsverkehr bewilligt. Das sind 145 Millionen Franken mehr als vom Bundesrat beantragt. Mit dem zusätzlichen Geld werden Bundesbeiträge aufgestockt und zusätzliche Agglomerationsprogramme gefördert. In erster Linie wird damit der Bau von Entlastungs- und Umfahrungsstrassen gefördert. Als nächstes entscheidet der Ständerat.

Grüne Parkplätze für links-grüne Städte

[17.040 Mo. GLP. Grüne Zonen für Elektrofahrzeuge](#)

Die Klimahysterie macht auch vor dem Parlament nicht halt. So nahm der Nationalrat gegen den Willen der SVP eine Motion der GLP an, welche die Schaffung von grünen Parkzonen mit Ladestation ermöglichen soll. Auf diesen wäre nur das Parkieren mit Elektrofahrzeugen erlaubt.

KURIOSES

Hypothetisches Einkommen für Roboter

[17.3037 Bewertung der Auswirkungen von Robotern auf das Sozialversicherungssystem](#)

SP-Nationalrat Reynard (VS) will, dass Roboter ein hypothetisches Einkommen erhalten, auf das Sozialversicherungsabgaben geleistet werden müssen. Will rot-grün so die AHV retten? Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat erteilte dem Hirngespinnst pauschal eine Absage.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[19.3026](#) Ip. Auftrag des Parlaments an den Bundesrat, keine Verträge mit der EU abzuschliessen, welche die Souveränität der Schweiz einschränken oder die EU-Rechtsübernahme vorsehen

[19.3032](#) Mo. Keine Bezahlung der Arbeitslosengelder für EU-Grenzgänger durch die Schweiz

[19.3033](#) Mo. Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

[19.3034](#) Mo. Sicherheitshaft für Dschihad-Rückkehrer

[19.3035](#) Mo. «Krankenversicherung light» für Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht

EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)